

Ressort: Politik

Kramp-Karrenbauer bringt Neuordnung der Bundesrepublik ins Spiel

Berlin, 24.10.2014, 00:00 Uhr

GDN - Die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer hält eine radikale Neuordnung der Bundesrepublik für nötig, falls es bei der geplanten Reform des Finanzausgleichs zu keiner Entlastung armer Länder kommt. "Wir würden dann darüber reden müssen, wie wir uns in Deutschland insgesamt zukunftsfähig aufstellen, konkret, ob es künftig nur noch sechs oder acht Bundesländer gibt, statt der bisherigen 16 Länder", sagte die CDU-Politikerin in einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" (Freitagsausgabe).

Kramp-Karrenbauer stellt damit ein Grundprinzip des politischen Denkens in Deutschland in Frage, das auch ärmeren Ländern eine hohe Eigenständigkeit zubilligt. In den aktuellen Verhandlungen vermissen die Regierungen etwa im Saarland und in Bremen jedoch die Solidarität der anderen Länder und des Bundes. Die Regeln, nach denen die Steuereinnahmen in Deutschland verteilt werden, laufen 2019 aus. Derzeit wird über eine Neuordnung gerungen. Weil sie wegen der Schuldenbremse zudem 2020 ohne neue Kredite auskommen müssen, fürchten die armen Länder um ihre Handlungsfähigkeit. Die reichen Länder hingegen sehen sich durch ihre Zahlungspflichten überfordert - Bayern und Hessen waren deshalb vor das Verfassungsgericht gezogen. Nach Kramp-Karrenbauers Worten sind es vor allem die Schulden aus den vergangenen Jahrzehnten, die das Saarland belasten. Geld, das zur Bewältigung der Krise der Montanindustrie eingesetzt worden sei. Für diese Altschulden sei eine Regelung im Länderfinanzausgleich notwendig. Ansonsten könnten das Saarland und auch andere Länder die Schuldenbremse nicht einhalten. Eine solche Entwicklung würde nach Worten der Ministerpräsidentin die föderale Ordnung in Frage stellen. In der Bevölkerung sehe sie keine große Begeisterung für das Zusammenlegen von Bundesländern, sagte Kramp-Karrenbauer. Doch stießen die armen Länder beim Sparen inzwischen an ihre Grenzen. Und damit sei das grundgesetzlich festgeschriebene Ziel gleicher Lebensverhältnisse nicht mehr zu erfüllen. Die Schuldenbremse will die Ministerpräsidentin jedoch nicht lösen. Das Instrument sei grundsätzlich vernünftig.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-43309/kramp-karrenbauer-bringt-neuordnung-der-bundesrepublik-ins-spiel.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619